



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 116 vom 29.06.2016

Finanzielle Unterstützung bei Kinderwunschbehandlung

Kristy Augustin: Landesregierung muss alle notwendigen Versuche einer Kinderwunschbehandlung finanziell unterstützen

Im heutigen Sozialausschuss des Brandenburger Landtags wurde in einer abschließenden Beratung über eine finanzielle Unterstützung von Kinderwunschbehandlungen debattiert. Die Bundesregierung hatte 2012 ein Förderprogramm beschlossen, das den Selbstkostenanteil für Paare auf 25 Prozent absenkt, wenn das Bundesland, in dem das Paar wohnt, ebenfalls 12,5 Prozent der Kosten trägt. Brandenburg hat sich bislang nicht am Programm beteiligt. Die familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Kristy Augustin**, forderte die Brandenburger Landesregierung auf, Brandenburg als kinder- und familienfreundliche Region weiterzuentwickeln. „Viele Paare mit unerfülltem Kinderwunsch haben mit der künstlichen Befruchtung die Möglichkeit, ihren langersehnten Wunsch zu erfüllen. Deshalb sollten ausdrücklich vier und mehr Versuche finanziell unterstützt werden“, so Augustin.

Die Anzahl der Paare, die mehrere Versuche benötigten, sei vergleichsweise gering, die meisten erfolgreichen Behandlungen benötigten maximal drei Versuche. Aus diesem Grund sei die finanzielle Belastung für das Land überschaubar. „Brandenburg ist das einzige neue Bundesland, welches eine solche Unterstützung bislang nicht gewährt“, bedauerte Augustin. Im Ausschuss wurde der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt. Stattdessen wurde der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen angenommen, der jedoch weit hinter dem CDU-Antrag zurückbleibt und nur einen Prüfauftrag an die Landesregierung stellt. „Mit der Ablehnung unseres Antrags haben SPD und LINKE ein deutlich negatives Zeichen an alle Familien mit unerfülltem Kinderwunsch gesendet. Das hat mit moderner Familienpolitik nichts zu tun“, so Augustin abschließend.